

à propos

Das
Friedensmagazin

von KOFF



Gewalttätigen Extremismus verhüten

swiss
peace

Schweizerische Friedensstiftung
Fondation suisse pour la paix
Fondazione svizzera per la pace
Swiss Peace Foundation

1

schwerpunkt

Prävention von gewalttätigem Extremismus: neues Paradigma oder ein Ansatz im Wandel?

2

dossier

Erkenntnisse über die Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus

Gefährdete Jugendliche im Fokus: ein Erfahrungsbericht

Frauen als Instrument für die Prävention von gewalttätigem Extremismus?

Mit interreligiöser Verständigung gegen gewalttätigen Extremismus

Ein innovativer Ansatz zur Prävention von gewalttätigem Extremismus

Ein Blick über den gewalttätigen Extremismus hinaus

Aussenpolitischer Aktionsplan der Schweiz zur Prävention von gewalttätigem Extremismus

Gewalttätiger Extremismus – Herausforderung für die Programme der DEZA

3

erfahren
sie mehr
darüber

Explorative Studie zu jihadistischer Radikalisierung in der Schweiz

Die Rolle der Frauen in der Prävention von gewalttätigem Extremismus

Beziehungen verhindern Radikalisierung: Fallstudie aus Kenya

4

aktuell

swisspeace / KOFF

Trägerorganisationen

Internationale Partnerorganisationen

5

agenda

Bevorstehende Veranstaltungen

editorial

Seit einiger Zeit steht das Konzept der Prävention von gewalttätigem Extremismus (Prevention of Violent Extremism, PVE) im Zentrum der Diskussionen von Regierungen, internationalen Organisationen und nichtstaatlichen Akteuren. Die blutigen Anschläge, die in den letzten Jahren in vielen Ländern verübt wurden, unterstreichen mehr denn je die Notwendigkeit, eine Antwort auf dieses Phänomen zu finden, die überzeugender ist als die repressiven militärischen Einsätze im Rahmen des „weltweiten Krieges gegen den Terror“.

Ist Prävention von gewalttätigem Extremismus ein wirklicher Paradigmenwechsel im Kampf gegen den Terrorismus? Welche Aspekte müssen beachtet werden, wenn die Anwendung dieses Ansatzes gefördert werden soll? Was sind die Konsequenzen insbesondere für die Rolle der Jugendlichen und Frauen? Welches sind schliesslich die Massnahmen und Aktivitäten, die bereits von Schweizer Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen unternommen werden? Die letzte Ausgabe von *à propos* im Jahr 2016 versucht, Antworten auf diese Fragen zu finden.

Marie Seidel, Redakteurin

schwerpunkt

Prävention von gewalttätigem Extremismus: neues Paradigma oder ein Ansatz im Wandel?



Arbeiter beseitigen die Trümmer nach einem Doppel-Selbstmordanschlag der Extremistengruppe Al Shabaab auf das Village Restaurant in Somalias Hauptstadt Mogadishu. September 2013. AU-UN IST Photo / Stuart Price

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 reagierte die internationale Gemeinschaft mit unerbittlicher militärischer Härte auf den Terrorismus und wählte den Ansatz der Terrorismusbekämpfung (Countering Terrorism, CT). Dennoch haben Terroranschläge und Todesfälle drastisch zugenommen und noch mächtigere Terrorgruppen sind entstanden. Heute werden mit dem Aufkommen des Ansatzes der Prävention von gewalttätigem Extremismus (Prevention of violent extremism, PVE) sogenannte „sanfte“ Alternativen vermehrt berücksichtigt. Die Frage ist, ob dies ein echter inhaltlicher Wandel oder eine rein semantische Verschiebung ist.

Internationale Organisationen und Geberländer haben sich seit den Anschlägen vom 11. September 2001 im Rahmen des weltweiten Kampfs gegen den Terror an verschiedenen

Initiativen zur Terrorismusbekämpfung (CT) beteiligt. Dieser vereinfachte Ansatz betrachtet Terrorismus als eine Form krimineller und subversiver Aktivitäten gegen den Westen und seine Werte. CT-Praktiken führten jedoch zusehends zu schweren Verstößen gegen die Menschenrechte und das Völkerrecht. Gewisse Länder instrumentalisieren ausserdem CT-Massnahmen, um politische Gegner und Kritiker zum Schweigen zu bringen. Die Taten des US-amerikanischen Sicherheitspersonals im Gefängnis von Abu Ghraib im Irak, die weitverbreiteten illegalen Inhaftierungen und Überstellungen sowie jahrzehntelange Gefangenschaft ohne Verurteilung in Guantanamo zeigen deutlich, dass dieser Ansatz gescheitert ist. In den vergangenen Jahren haben Terroranschläge und Todesfälle drastisch zugenommen, noch mächtigere Terrorgruppen sind entstanden, die durch Terrorgruppen kontrollierten Gebiete sind gewachsen, die Anzahl ausländischer KämpferInnen, die sich Terrorgruppen anschliessen, hat stark zugenommen und Terroranschläge haben neue Höhepunkte der Grausamkeit und Perversion erreicht.

Da dieser Ansatz zunehmend als uneffektiv und kontraproduktiv angesehen wird, suchen EntscheidungsträgerInnen und SicherheitsberaterInnen nach Alternativen. Das ist im Kern die Erklärung für die Entstehung der Prävention von gewalttätigem Extremismus (PVE). Seit einigen Jahren steht PVE im Zentrum der Diskurse von Regierungen, internationalen Organisationen und nichtstaatlichen Akteuren.

PVE soll die strukturellen Ursachen und die verstärkenden Faktoren angehen, die den Missständen und dadurch dem gewalttätigen Extremismus zugrunde liegen. Bei diesem Ansatz sollen gefährdete Einzelpersonen und Gruppen sowie die frühen Anzeichen einer Radikalisierung identifiziert und die Risiken durch Engagement, Bildung und Gegendiskurse gemindert werden. PVE schreibt dem gesellschaftlichen Engagement, der Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen, den Partnerschaften zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren sowie der Notwendigkeit kontextspezifischer Massnahmen mehr Bedeutung zu. Die Haltung, „Ideologien werden nicht durch Waffen, sondern durch bessere Ideen besiegt“, findet zunehmend Zuspruch. Diese Art von „sanften“ Ansätzen ist eine relativ neue Entwicklung im CT-Bereich.

Gleichzeitig muss aber anerkannt werden, dass der Ansatz hauptsächlich Bereichen wie bürgernaher Polizeiarbeit, Gouvernanz, Risikomanagement, Sozialarbeit und Friedensförderung entlehnt ist. In dieser Hinsicht ist PVE kein Paradigmenwechsel im Kampf gegen den Terrorismus, sondern vielmehr eine anpassungsfähige Antwort auf neue Sicherheitsbedrohungen und die Herausforderungen des gewalttätigen Extremismus, die versucht, die eingeschränkte Wirkung der traditionellen CT-Strategien zu überwinden.

PVE ist allerdings mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert. Gewisse, mit PVE assoziierte Begriffe wie Extremismus oder Radikalisierung werden im politischen Diskurs und in der Praxis benutzt (meist selbstverständlich, aber ohne klare Definition), sind aber oft umstritten. Da „islamische“ Terrorgruppen unglücklicherweise stark verbreitet sind, wird die Interpretation und Verwendung von Begriffen zunehmend erschwert und oft mit dem Islam oder Muslimen assoziiert. Es gibt zudem keine klaren Indikatoren zur Identifizierung einer Radikalisierung oder Gefährdung einer Person. Eine fehlende Definition von PVE selbst erschwert eine praktische Umsetzung. Und was nicht definiert wurde und keine klaren Indikatoren aufweist, kann weder gemessen noch ausgewertet werden.

Problematisch ist auch, dass wenig Konsens darüber besteht, was genau Radikalismus oder Extremismus ausmacht, und dass eine Definition den Grundgedanken der Meinungsfreiheit verletzen könnte. Daher ist eine Einigung auf klare und messbare Standards zur Festlegung von Extremismus oder Radikalisierung schwierig. Extremismus ist ein relatives Konzept, das am besten (wenn auch vereinfachend) im Klischee „der Freiheitskämpfer für die einen ist ein Terrorist für die anderen“ ausgedrückt wird.

Schliesslich ist PVE die Antwort einer Gesamtregierung, an der viele Verwaltungseinheiten beteiligt sind und die Kooperation sowie Koordination erfordert, um die strukturellen Ursachen des Terrorismus anzugehen. Solch unterschiedliche AkteurInnen zusammenzuführen ist eine Herausforderung. Umso mehr trifft das aufgrund offensichtlicher politischer, wirtschaftlicher und kultureller Unterschiede auf die internationale Zusammenarbeit zu, die für PVE im Kampf gegen den Terrorismus als grenzüberschreitendes Phänomen unabdingbar ist.

Es kann wohl argumentiert werden, dass die Absichten von PVE grundsätzlich nicht falsch sind, auch wenn sich dadurch vor allem die Begriffe ändern, damit diese inklusiver sind und Fehleinschätzungen vermindert werden. Die Rolle von PVE wird trotz allen Herausforderungen dazu beitragen, die von CT verursachten negativen Wahrnehmungen zu beheben, jedoch nur, wenn PVE richtig umgesetzt wird. Wenn dieser Ansatz kontextspezifisch gestaltet wird, einen echten Miteinbezug der AkteurInnen sicherstellt und Regierungen (sowohl Geber als auch Begünstigte) sich den zentralen Werten verpflichten, kann PVE durch sanfte Massnahmen eine bedeutende Rolle bei der Prävention von Terrorismus spielen. Anderenfalls läuft PVE nur auf eine semantische Verschiebung hinaus anstatt auf einen tatsächlichen inhaltlichen Wandel.

Dieser Artikel ist eine leicht geänderte Version eines Artikels von Tuemay Aregawi Desta, der im Horn of Africa Bulletin (Januar-Februar 2016) veröffentlicht wurde.

[IGAD, Security Sector Program](#)

Tuemay Aregawi Desta

tuemay.aregawi@igad.int

Leiter des Transnational Organized Crime Pillar

[links](#)

- [Den vollständigen Artikel lesen](#)
- [Horn of Africa Bulletin](#)
- [Life & Peace Institute](#)

dossier

Erkenntnisse über die Bekämpfung von

gewalttätigem Extremismus



In Somalia lernen sich Jugendliche zweier Klane kennen, 2015. Interpeace

Die Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus ist ein zentrales Anliegen der internationalen Gemeinschaft. Bisher wurde dieses Phänomen mittels erhöhter Sicherheitsmassnahmen angegangen, woraus meist eine militärische Intervention zur Bekämpfung bewaffneter Gruppen resultierte. Allerdings zeigt diese kostspielige Methode keinen Erfolg, da sie Spannungen oft eher steigert als abbaut. Interpeace hat durch seine Erfahrungen in 23 Konfliktzonen weltweit festgestellt, dass zwei Elemente mehr Eingang in Strategien zur Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus finden sollten:

Erstens müssen internationale Akteure Gewalt aus einer lokalen Perspektive betrachten. Von 2005 bis 2011 bekämpfte die internationale Gemeinschaft somalische Piraten, indem sie die Sicherheit auf den Schiffen durch erhebliche Geldmittel erhöhte. Interpeace bemerkte, dass die Piraten ein Informationsmonopol innehatten und sich selbst als Freiheitskämpfer gegen den westlichen Imperialismus darstellten. Die Organisation baute mobile audiovisuelle Einheiten auf und zeigte Bildmaterial anderer Gemeinschaften, die den Widerspruch zwischen Piraterie und somalischen sowie muslimischen Werten erläuterten. Nach den Aufführungen wehrten sich auch lokale Gemeinschaften gegen die Piraten. Das Verständnis lokaler Perspektiven auf Gewalt ist der Schlüssel zur richtigen Strategie und verhindert, dass die Diskurse gewalttätiger Gruppen weiter gestärkt werden.

Zweitens müssen lokal vorhandene Fähigkeiten zur Resilienz miteinbezogen werden. Die Erfahrung von Interpeace zeigt, dass Menschen auch unter schwierigsten Bedingungen Strategien zur Bewältigung von Konflikten und zum Frieden entwickeln. In Libyen zum Beispiel ist der relativ friedvolle Zustand des Landes angesichts der Umstände, denen die

LibyerInnen gegenüberstehen, doch überraschend. Interpeace hat stabile Gemeinschaften untersucht und daraus eine Zusammenstellung gemeinsamer Faktoren der Resilienz erarbeitet. Gemeinschaften mit einer starken Führung, gemeinschaftlichem Zusammenhalt, einer positiven und inklusiven Identitätsbildung und dem Willen, von anderen Gemeinschaften zu lernen, tendieren eher zum Frieden. Wenn internationale Strategien darauf abzielen, solche Inseln der Stabilität auszubauen, sollten diese Stärken als Basis genutzt werden.

[Interpeace](#)

Alexandre Munafò

munafò@interpeace.org

Head of Global Engagement

[links](#)

- [Interpeace](#)

dossier

Gefährdete Jugendliche im Fokus: ein Erfahrungsbericht

Interview mit Marc Probst, Geschäftsleiter der Swiss Academy for Development (SAD)

swisspeace: In Kürze: Was ist die Aufgabe der SAD?

Marc Probst: Die SAD fördert seit 1991 die Entwicklungschancen von Kindern und jungen Erwachsenen in 19 Ländern, einschliesslich der Schweiz. Über Sport und Spiel verändert die SAD das Leben benachteiligter und ausgegrenzter Jugendlicher langfristig, indem man ihnen beibringt, wie sie engagierte, gesund ernährte, gebildete BürgerInnen werden können, die einer geregelten Beschäftigung nachgehen.

Wie werden Risikogruppen identifiziert und wie kann dann gezielt Einfluss ausgeübt werden?

Unsere langjährige Erfahrung in verschiedenen Ländern zeigt, dass man in diesem Bereich unbedingt partizipativ mit und durch lokale Partnerorganisationen an der Basis arbeiten muss. Lokale Partner bemerken am ehesten Veränderungen des Benehmens und der Haltung junger Leute oder von Gruppen, die auf eine extremistische Tendenz hinweisen. Durch diesen Ansatz können wir von den Erkenntnissen unserer Partnerorganisationen im lokalen Kontext profitieren und den stark bedürftigen Gruppen persönliche Kontakte bieten.

Welche sind die Risikoindikatoren der Radikalisierung?

Wir können mit einer relativ hohen Sicherheit sagen, dass eine anhaltend hohe Arbeitslosenquote die Verbreitung von Extremismus begünstigt. Wir wissen auch, dass Einzelpersonen von einer durch Schuldzuweisung und Scham geprägten Kultur zur Gewalt getrieben werden können. Allerdings sind Radikalisierungsprozesse hochkomplex und schwierig vorauszusehen oder zu prognostizieren und es gibt nach wie vor keine verlässlichen statistischen Daten. Armut und Arbeitslosigkeit sind oft ein Nährboden für die Radikalisierung junger Menschen, aber auch in reichen, privilegierten Familien können gewalttätige Extremisten heranwachsen.

Nicht nur Indikatoren der Makroebene wie Demografie, Verbrechensrate oder Arbeitslosigkeit sind wichtig. Genauso unerlässlich sind Indikatoren auf der Mikroebene. Wie ist die Wahrnehmung junger Leute? Wie beeinflussen ihre Sichtweisen, Werte und Normen ihr Verhalten? Oft führen Frustration, Hoffnungslosigkeit und fehlende Perspektiven zu gewalttätigem Extremismus.

Wie können Berufsbildungsprogramme Jugendliche von gewalttätigem Extremismus abhalten?

Ich bin der überzeugten Meinung, dass Berufsbildungsprogramme individuell, partizipativ und kreativ sein und in enger Zusammenarbeit mit lokalen Partnerorganisationen entstehen müssen. Ausserdem sollten sie Teil eines breiteren Ansatzes sein, der auch die persönliche und soziale Entwicklung miteinbezieht, und ein besseres Verständnis positiver Psychologie beinhalten: Der Fokus sollte auf den Fähigkeiten der Jugendlichen liegen und nicht auf ihren Schwächen oder ihrem abweichenden Verhalten. Und schliesslich braucht es eine enge Begleitung und genaue Evaluierung des Programms, damit wir unser Wissen ausbauen und an Erfolge anknüpfen können.

SAD

Marc Probst
marc.probst@sad.ch
Geschäftsleiter

links

- SAD

dossier

Frauen als Instrument für die Prävention von gewalttätigem

Extremismus?



Teilnehmende des Women's Consultative Forum zur Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus in Mogadischu, Somalia. AMISOM Photo/ Omar Abdisalan

2015 feierten die Vereinten Nationen das 15-jährige Jubiläum der Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit. Trotz wichtigen Fortschritten kam aus der Zivilgesellschaft auch Kritik, dass Frauenrechte in vielen internationalen politischen Strategien instrumentalisiert würden.

Ein Beispiel dafür ist der Diskurs rund um das Thema Prävention von gewalttätigem Extremismus. Ebenfalls 2015, im Zuge der Feierlichkeiten, wurde nämlich die Resolution 2242 verabschiedet, welche die Integration der Geschlechterperspektive in der Prävention von gewalttätigem Extremismus verlangt.

Frauen werden in dieser Resolution als wachsame Mütter und Nachbarschaftsexpertinnen dargestellt, die sich radikalisierte Personen früh erkennen können, seien es ihre eigenen Kinder oder die der Nachbarn. Sie sollen in Präventionsstrategien eine wichtige Funktion einnehmen, in dem sie Gefahren in ihrer Umgebung früh wahrnehmen und damit wichtige Informationen zur Radikalisierung von Personen liefern können.

Dies mag nach einer verlockenden Lösung klingen. Doch führt diese Art der Integration der Geschlechterperspektive in der Prävention von gewalttätigem Extremismus nicht dazu, dass Frauen sich – auf diese Rolle reduziert – unter Druck gesetzt fühlen, ihre Umgebung zu überwachen? Zementiert sie nicht sogar Stereotypen, die doch bekämpft werden sollen?

Eine umfassende Sicherheit aus der Genderperspektive im Sinne der Prävention würde vor allem eines bedeuten: Aufwertung der Stadtteile, Arbeitsplätze für junge Frauen und Männer, Gemeinwesenarbeit und gute dezentrale Gesundheitsdienste. Nur so können Frauen ihre tragende Funktion in der Gesellschaft wahrnehmen. Ohne Investitionen in die

sozialen Infrastrukturen ist die den Frauen zugeschriebenen Rolle in der Politik der Prävention von gewalttätigem Extremismus sonst eine Farce der Gleichstellung, ein Ablenkungsmanöver, ja sogar eine Instrumentalisierung bestimmter Frauen auf Kosten der echten Rechtsgleichheit.

[swisspeace](#)

Annemarie Sancar

annemarie.sancar@swisspeace.ch

Senior Program Officer, Policy & Platform

links

- [swisspeace: Gender und Friedensförderung](#)
- [swisspeace, cfd, PWAG, Frauen für den Frieden. Frauen Frieden Sicherheit – reloaded. Zivilgesellschaftlicher Alternativbericht zum Nationalen Aktionsplan 1325 aus der Genderperspektive. Juni 2016](#)
- [UN-Sicherheitsratsresolution 2242](#)

dossier

Mit interreligiöser Verständigung gegen gewalttätigen Extremismus



„Lass uns die Vielfalt feiern“. Bunte Strassenaktion für interreligiöse Toleranz in der Grossstadt Bandung, West Java. Jakatarub/Mission 21

Die meisten IndonesierInnen sind gläubige Menschen. Trotz der rechtlichen Garantie auf Religionsfreiheit wird die Religion von Politikern und radikalen Gruppen zu Machtzwecken missbraucht. Radikale islamistische Gruppen propagieren ein exklusives Religionsverständnis und die Anwendung von Gewalt, um in Indonesien auf Kosten von Andersgläubigen und Andersdenkenden die Bildung eines islamischen Staates mit islamischer Gesetzgebung durchzusetzen. Islamische Minderheiten (Ahmadiyya und Schiiten) werden verfolgt und vertrieben, langjährige Kirchen müssen schliessen und Atheisten werden eingesperrt. Evangelikale Gruppen, die Muslime bekehren wollen, verstärken das gegenseitige Misstrauen zwischen den Religionsgemeinschaften ebenfalls. Über die sozialen Medien und durch personelle Unterwanderung an Mittelschulen und Universitäten werben die radikalen Gruppen gezielt junge Leute an. Sie tun dies mit Erfolg, sind doch viele Jugendliche auf der Suche nach einer stabilen Identität.

Das interreligiöse Friedensförderungsprogramm von Mission 21 mit muslimischen und christlichen Partnern setzt gezielt auf Prävention von religiösem Extremismus: Über interreligiöse Jugendcamps fassen Jugendliche gegenseitiges Vertrauen und schliessen interreligiöse Freundschaften. Daraus sind tragfähige interreligiöse Netzwerke entstanden, in denen sich Hunderte von jungen Erwachsenen für Toleranz und ein friedliches Zusammenleben zwischen den Religionen engagieren. Als „Peer Educators“ schaffen sie wiederum neue interreligiöse Begegnungen. Mit phantasievollen Kampagnen auf den Strassen sowie im Internet erreichen sie eine breitere Öffentlichkeit. In stark muslimisch geprägten Grossstädten wie Bandung und Banjarmasin hat die Toleranz spürbar zugenommen. Wegen der zunehmenden Radikalisierung an Schulen und Universitäten werden in Zukunft auch die interreligiösen Fortbildungen für Lehrkräfte verstärkt.

Ein genauer Blick nach Indonesien lohnt sich, um mehr darüber zu lernen, wie die Prävention von gewalttätigem Extremismus unter jungen Erwachsenen funktionieren kann.

[Mission 21](#)

Katharina Gfeller

katharina.gfeller@mission-21.org

Programmverantwortliche für Indonesien

links

- [Mission 21](#)
- [Projektblatt](#)
- [kurzen, lustigen Film als ein Produkt eines interreligiösen Dialogs](#)

dossier

Ein innovativer Ansatz

zur Prävention von gewalttätigem Extremismus



Auch in Mali finanziert der GCERF lokale Gemeinschaften und Basis-Initiativen. UN Photo (fair use policy)

Der Global Community Engagement and Resilience Fund (GCERF) wurde 2014 als Initiative des Global Counter Terrorism Forum (GCTF) eingerichtet. Oberstes Ziel des GCERF ist die Stärkung der Resilienz von Gemeinschaften durch kleinere Zuschüsse für Initiativen auf Gemeinschafts- und Basis-Ebene, die den lokalen treibenden Kräften von gewalttätigem Extremismus entgegenwirken. Das ist aus drei Gründen wichtig:

Erstens haben Gemeinschaften vor Ort innovative Ideen, wie die Rekrutierung und Radikalisierung zum gewalttätigen Extremismus verhütet und bekämpft werden kann. Zweitens kennen diese Gemeinschaften zwar den Kontext und haben Ideen, doch oft fehlen die Gelder für die Umsetzung und die Aufrechterhaltung ihrer innovativen Lösungen. Drittens sind der Miteinbezug von Gemeinschaften und der Aufbau ihrer Resilienz ein wichtiger Teil nationaler und internationaler Bemühungen zur Prävention und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus.

Der GCERF hat eine apolitische, unabhängige und neutrale Fondsstruktur und kann so die am meisten gefährdeten Gemeinschaften unterstützen und die bilateralen Bemühungen der Geber ergänzen.

2016 finanziert der GCERF lokale Gemeinschaften und Basis-Initiativen in Bangladesch, Mali und Nigeria. Namentlich unterstützt der Fonds 60 Initiativen von 52 bürgernahen Organisationen. Diese vom GCERF finanzierten Initiativen werden in den nächsten drei

Jahren über eine halbe Million Begünstigte erreichen und über 47'000 „Change Agents“ auf Gemeinschaftsebene mobilisieren. Schlussendlich sollen über 1,5 Millionen Menschen, die für eine Radikalisierung zum gewalttätigen Extremismus anfällig sind, von GCERF-Zuschüssen profitieren. Auf Basis dieses Erfolgs baut der GCERF nun Partnerschaften mit Kenia, dem Kosovo und Myanmar auf, wo er nächstes Jahr ähnliche Initiativen unterstützen wird.

Durch die Prävention von gewalttätigem Extremismus erreichen wir friedlichere und inklusive Gesellschaften und stärken das Wirtschaftswachstum. Zu diesem Zweck muss die internationale Gemeinschaft weiterhin Ressourcen für die Stärkung globaler und regionaler Bemühungen, die Unterstützung nationaler Strategien, die Erforschung innovativer Wege, um den Privatsektor miteinzubeziehen, und für den Aufbau von Kompetenzen auf lokaler Ebene zur Prävention der Radikalisierung und Abdrift zum gewalttätigen Extremismus bereitstellen.

GCERF

Dr. Khalid Koser

k.koser@gcerf.org

Executive Director

Katya Palazzolo

k.palazzolo@gcerf.org

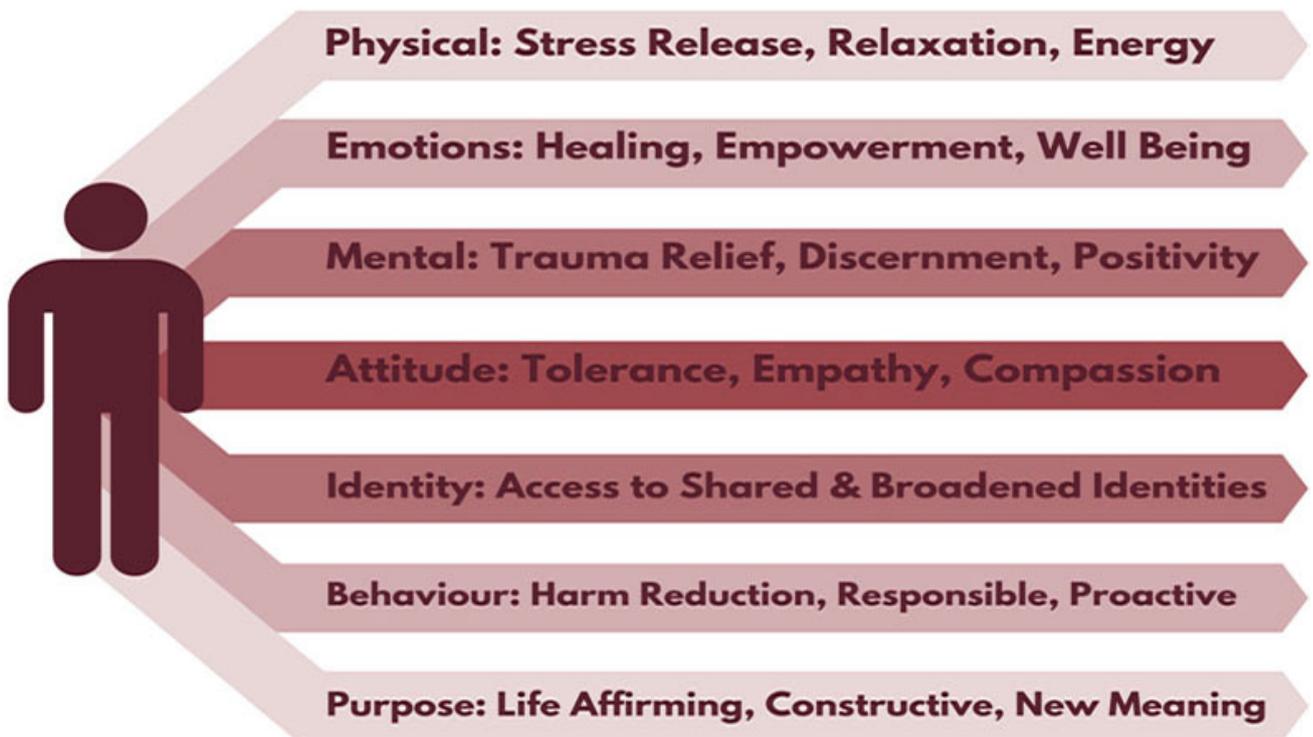
Senior Board & External Relations Officer

links

- [Global Community Engagement and Resilience Fund](#)
- [Global Counter Terrorism Forum](#)

dossier

Ein Blick über den gewalttätigen Extremismus hinaus



Die Prävention von gewalttätigem Extremismus braucht einen ganzheitlichen Ansatz der persönlichen Transformation. IAHV

Die Herausforderungen bei der Prävention und der Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus sowie bei der Reintegration ehemaliger KämpferInnen werden durch die unterschiedlichen sozialen Hintergründe, Radikalisierungsprozesse und vielfältigen persönlichen Motivationen weiter vergrößert. So können zum Beispiel Ideologie, wirtschaftliche und soziale Umstände, Vielfalt oder Zerfall der Kultur, Identitätsverlust, Zugehörigkeitsbedürfnis und Lebenssinn als Motivation zur Radikalisierung dienen.

Die den destruktiven Lebensentscheidungen zugrunde liegenden psychosozialen Faktoren wie Wut, Frust, Depression, Schmerz, Gier und Intoleranz werden entweder internalisiert oder externalisiert – ersteres führt zu Sucht, Depression und Suizidgefährdung, letzteres zu Aggressionen, Gewalt und Krieg. Ohne eine Thematisierung dieser mächtigen Triebkräfte kann Friedensförderung kaum effektiv sein.

Ein Paradigmenwechsel für das Verständnis und den Umgang mit gewalttätigem Extremismus als Teil der menschlichen Natur ist nötig. Nur wenn Frieden internalisiert und von der Gesellschaft getragen wird, kann er dauerhaft sein. Die Stärkung einer fruchtbaren psychosozialen Basis für den dauerhaften Frieden ist deshalb zentral. Um das zu erreichen, ist ein ganzheitlicher Ansatz der persönlichen Transformation entscheidend, der von der physischen bis zur tiefsten, existenziellen Ebene reicht und die rein kognitive Ebene übersteigt.

Die International Association for Human Values kennt die Bedeutung der äusserlichen (umweltbedingten) sowie innerlichen (psychologischen) Faktoren für die Prävention und den Wandel von Gewalt und Extremismus. Darum thematisieren ihre Friedensförderungsprogramme die verschiedenen Arten des Wandels – darunter physische, seelische, emotionale, spirituelle und zwischenmenschliche Folgen. Ziel ist es, die Einstellung und das Verhalten junger Menschen so zu verändern, dass sie von der Gefährdung der Radikalisierung wegkommen, und leistungsstarke, mündige,

verantwortungs- und selbstbewusste BürgerInnen werden.

[International Association for Human Values](#)

Nina Noorali

nina.noorali@iahv.org

Leiterin

[links](#)

- [International Association for Human Values](#)

dossier

Aussenpolitischer Aktionsplan der Schweiz zur Prävention von gewalttätigem Extremismus

In den letzten zwanzig Jahren hat sich die internationale Gemeinschaft im Kampf gegen den gewalttätigen Extremismus vor allem auf sicherheitsorientierte Massnahmen gegen den Terrorismus gestützt. Allerdings wird immer deutlicher, dass diese Massnahmen die Verbreitung des gewalttätigen Extremismus nicht verhindern konnten. Deshalb hat der UN-Generalsekretär im Dezember 2015 einen Aktionsplan zur Verhütung des gewalttätigen Extremismus veröffentlicht. Dieser bettet sich in den allgemeinen Rahmen der Präventionsaktivitäten der UNO ein.

Auch die Mitgliedsstaaten wurden aufgefordert, nationale Aktionspläne zur Prävention von gewalttätigem Extremismus auszuarbeiten. Diese sollen folgende Themen behandeln: politischer Dialog und Konfliktprävention, -lösung und -transformation, Stärkung der guten Regierungsführung und der Achtung der Menschenrechte sowie des Rechtsstaats, Miteinbezug der Bevölkerung, Mobilisierung junger Menschen, Geschlechtergleichheit und Stärkung der Frauen, Ausbildung, Stärkung der Kompetenzen und vereinfachter Zugang zu Arbeit, strategische Kommunikation, Internet und soziale Netzwerke.

Die Schweiz misst dieser Thematik viel Gewicht bei und hat deshalb einen aussenpolitischen Aktionsplan zur Prävention von gewalttätigem Extremismus entwickelt. Damit kann sie ihre Partner in ihren Bemühungen unterstützen. Der Schweizer Ansatz zielt durch ein langfristiges Engagement in Kontexten des bewaffneten Konflikts, des Übergangs und der Fragilität auf die Beseitigung der unmittelbaren und strukturellen Ursachen des gewalttätigen Extremismus ab, seien sie politischer, sozialer oder wirtschaftlicher Natur.

Die Schweiz will inklusive Gesellschaften fördern, deren Grundwerte Menschenrechte, Frieden, Toleranz sowie die Achtung der Diversität und der Grundsätze des Rechtsstaates sind. Durch ihre Bemühungen in den Bereichen Konfliktlösung und -transformation, inklusiver Dialog, politische Beteiligung in pluralistisch-demokratischen Kontexten, Kampf gegen die Straffreiheit, Schutz von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit, aber auch durch die Förderung von Ausbildung und Beschäftigung sowie durch die Bekämpfung sozioökonomischer Ungerechtigkeiten vor allem in Bezug auf Jugend und Frauen stärkt die Schweiz das Vertrauen in die Institutionen. Sie schafft dadurch Perspektiven und trägt zur Beseitigung soziopolitischer Faktoren bei, die zu gewalttätigem Extremismus führen können.

Das Gefühl der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ausgrenzung kann gewisse Einzelpersonen und Gruppen zur Gewalt und zum gewalttätigen Extremismus treiben. Deshalb unterstützt die Schweiz die Schaffung von Raum für den politischen Dialog, der alle Beteiligten – Regierungen, Zivilgesellschaft und bewaffnete Gruppen – einschliesst, damit legitimen Forderungen friedlich entsprochen werden kann.

[Abteilung Menschliche Sicherheit des EDA](#)

Carol Mottet

carol.mottet@eda.admin.ch

Senior Advisor

[links](#)

- [Aussenpolitischer Aktionsplan der Schweiz zur Prävention von gewalttätigem Extremismus](#)
- [UN-Aktionsplan zur Verhütung des gewalttätigen Extremismus](#)

dossier

Gewalttätiger Extremismus – Herausforderung für die Programme der DEZA

Durch ihren Fokus auf die Reduktion von Konfliktursachen und die Stärkung der Menschenrechte sowie staatlicher und gesellschaftlicher Krisenresistenz arbeitet die DEZA darauf hin, dass Gesellschaften friedliche und gewaltfreie Konfliktlösungsmechanismen aufbauen. Damit tragen ihre Programme *per se* dazu bei, die Grundursachen für soziale und politische Konflikte anzugehen und den Nährboden für gefährlichen Extremismus abzubauen.

Gewalttätiger Extremismus beinhaltet Gewaltverbrechen und deren Ahndung ist eine überwiegend polizeiliche, militärische und nachrichtendienstliche Aufgabe. Die DEZA beteiligt sich nicht an der Terrorismusbekämpfung. In Bezug auf die Internationale Zusammenarbeit ist von Prävention von gewalttätigem Extremismus zu sprechen; ihre Arbeit umfasst die Konflikttransformation und Prävention von Gewalt und Radikalisierung in der langfristigen Perspektive. In der operationellen Arbeit ist es aus konfliktsensitiven und Sicherheitsgründen wichtig, die Arbeit an den Ursachen der Radikalisierung von der Terrorismusbekämpfung klar zu unterscheiden. Das gilt auch für die Kommunikation.

Die Schweiz hat mit der jetzigen und der zukünftigen Botschaft zur Internationalen Zusammenarbeit 2017-2020 ein wichtiges Instrument in der Hand, um sich über die langfristigen Entwicklungsprogramme im Bereich Gouvernanz, Schaffung von Perspektiven über Grund- und Berufsbildung, Einkommensgenerierung, Gleichstellung der Geschlechter oder Stärkung der Menschenrechte den Grundursachen von Radikalisierung und extremistischer Gewalt zu stellen. Die Leitlinien dazu finden sich in der Peacebuilding & Statebuilding Strategie und der Menschenrechtspolitik der DEZA, sowie im Aussenpolitischen Aktionsplan der Schweiz zur Prävention von gewalttätigem Extremismus.

Gewalttätiger Extremismus ist ein Symptom von schlechter Regierungsführung, Korruption, der Wahrnehmung von persönlich erlebter Ungerechtigkeit, Ausgegrenztsein und Vertrauensverlust in den Staat. Die DEZA fördert tatsächliche, bessere Teilhabe an politischen, ökonomischen und sozialen Prozessen und will verstärkt auch mit psychosozialer Unterstützung die Individuen über ihre Programme ansprechen.

DEZA

Barbara Affolter

barbara.affolter@eda.admin.ch

Conflict & Human Rights and South Asia Division

links

- [Peacebuilding & Statebuilding Strategy der DEZA \(auf Englisch\)](#)

- Menschenrechtspolitik der DEZA
 - Aktionsplan der Schweiz zur Prävention von gewalttätigem Extremismus
-

erfahren sie mehr darüber

Explorative Studie zu jihadistischer Radikalisierung in der Schweiz

Diese explorative Studie versucht, das Phänomen der Hinwendungsprozesse von Jugendlichen zu jihadistischer Radikalisierung sowohl auf individueller als auch gesellschaftlicher Ebene in der Schweiz zu erklären.

Die Studie zeigt auf, wie Debatten über Ausgrenzung und benachteiligende Gesellschaftsstrukturen bei der Hinwendung zu gewaltorientierten islamistischen Positionen eine wichtige Rolle spielen. Der Salafismus holt Jugendliche mit Identitäts- und Aufwertungsversprechen ab, appelliert an ihr Gerechtigkeitsempfinden und bietet somit eine alternative Sinn- und Glaubenswelt an.

Der Bericht beinhaltet u.a. ein Fallbeispiel eines Rückkehrers aus Syrien und eine Internetstudie, welche die Muster der Rekrutierung mit Hilfe von heroischen Narrativen aufzeigt. Es wird zudem auf die Rolle von öffentlichen Institutionen und muslimischen Organisationen in der Schweiz eingegangen. Abschliessend enthält der Bericht eine Reihe von Empfehlungen zu Prävention und Intervention, welche von Erfahrungen aus Präventionsprogrammen in anderen europäischen Ländern abgeleitet werden.

[links](#)

- [Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften. Hintergründe jihadistischer Radikalisierung in der Schweiz – Eine explorative Studie mit Empfehlungen für Prävention und Intervention. September 2015](#)

erfahren sie mehr darüber

Die Rolle der Frauen in der Prävention von

gewalttätigem Extremismus

Dieses Kapitel als Teil des umfassenden Berichts zu “Preventing Conflict, Transforming Justice, Securing the Peace: A Global Study on the Implementation of the United Nations Security Council Resolution 1325” fokussiert insbesondere auf den Einfluss von gewalttätigem Extremismus auf das Leben von Frauen und Mädchen. Es zeigt auf, inwiefern Frauen von gewalttätigen Extremismus betroffen sind und wie sie diese bekämpfen können, jedoch auch, in welchen Situationen sie ihn selber unterstützen.

Frauen, die im weiteren Sinne mit extremer Gewalt in Zusammenhang gebracht werden, sei es als Familienangehörige oder Bekannte von mutmasslichen Terroristen, oder auch nur aufgrund ihrer Herkunft, sind indes keine homogene Gruppe von Opfern oder Täterinnen. Eine solche Unterstellung würde das Bild der Frauen und ihre tatsächliche Situation verzerren. Es geht darum zu verstehen, unter welchen Bedingungen sich Frauen in extremistischen Zirkeln bewegen, was ihnen dabei wichtig ist oder welchen Zwängen sie ausgesetzt sind.

Der Bericht betont schliesslich die Wichtigkeit, dass UN Women die Strategien zur Prävention von gewalttätigem Extremismus kritisch beobachtet. Bei international beschlossenen Resolutionen besteht ein Risiko, dass Frauen als wachsame Mütter stereotypisiert und instrumentalisiert werden. Dies geschieht auf Kosten der Frauenrechte und Gleichberechtigung.

links

- [UN Women. Countering violent extremism while respecting the rights and autonomy of women and their communities. 2015](#)
- [Gesamter Bericht](#)

erfahren sie mehr darüber

Beziehungen verhindern Radikalisierung: Fallstudie aus Kenya

Dieser Forschungsbericht diskutiert die Resultate einer qualitativen Feldstudie, welche die Faktoren identifiziert, die muslimische Gemeinden in Kenya und insbesondere junge Muslime verwundbar machen hinsichtlich gewalttätigem Extremismus. Für die Studie wurden 14 Interviews und sechs Fokusgruppen mit über 60 Teilnehmenden in sechs unterschiedlichen Quartieren von Nairobi und Mombasa durchgeführt.

Die untersuchte Forschungshypothese besagt, dass die Widerstandsfähigkeit gegen gewalttätigen Extremismus auf drei Arten von Beziehungen beruht, nämlich solchen zwischen und innerhalb von Gemeinden, zwischen Generationen, und zwischen BürgerInnen und dem Staat.

Aufgrund der Studienergebnisse macht der Bericht Empfehlungen, wie Beziehungen verschiedener Art gestärkt werden können, um das Abdriften von Personen zum gewalttätigen Extremismus zu verhindern. Es wird betont, dass insbesondere die Beziehungen der BürgerInnen zum Staat und die Miteinbeziehung von Individuen in den Gemeinden gestärkt werden soll.

links

- [International Alert, Kenya Muslim Youth Alliance \(KMYA\). We don't trust anyone – Strengthening relationships as the key to reducing violent extremism in Kenya. September 2016](#)

aktuell

swisspeace / KOFF



Der Ansatz des kleinen Fussabdrucks – die Antwort von swisspeace auf Gewaltkonflikte

In diesem Video zeigt Laurent Goetschel, Direktor von swisspeace, auf, wie swisspeace die Zivilgesellschaft in kriegsversehrten Ländern wie Afghanistan und Syrien unterstützt, um das Vertrauen zwischen Konfliktparteien aufzubauen und den Frieden zu fördern. Der von swisspeace angewendete Ansatz des „kleinen Fussabdrucks“ ist nichtinvasiv, das heisst die lokalen Konfliktparteien sollen selber Lösungen finden, weil sie auch diejenigen sind, welche die Beziehungen nach Beendigung der Gewalt weiter pflegen müssen. Die Rolle von swisspeace liegt in erster Linie im Zusammenbringen der feindlichen Gruppen und der Bereitstellung einer Plattform für Verhandlungen, während die Bedürfnisse und Interessen der Konfliktparteien ins Zentrum gestellt werden.

links

- [The Light Footprint approach to peacekeeping. Laurent Goetschel. TEDx Basel](#)

Kurs „Fragility, Conflict & Statebuilding“

Fragile Staaten sind sowohl für BürgerInnen vor Ort als auch für internationale EntscheidungsträgerInnen von grosser Sorge. Sie sind nicht nur anfällig für gewalttätige Konflikte, sondern werden auch für die Verbreitung vieler kollektiver Übel über die Landesgrenzen hinaus verantwortlich gemacht. Fragilität ist zwar im Denken von Geber- und Hilfsorganisationen präsent, bleibt aber ein unklares Konzept und schürt die Debatte darüber, wie die internationale Gemeinschaft reagieren soll.

Der Kurs „Fragility, Conflict & Statebuilding“ verbindet Konzepte gewalttätiger Konflikte mit Fragilität, Staatsaufbau sowie Friedensförderung. Die Teilnehmenden ziehen Erkenntnisse daraus und verstehen die Grundlagen von Staaten und des Aufbaus einer sozialen und politischen Legitimität. Sie lernen Reaktionen der internationalen Politik auf fragile und konfliktbetroffene Kontexte kennen und setzen sich mit aktuellen, von internationalen Akteuren für die erfolgreiche Arbeit in fragilen Kontexten vorgeschlagenen Methoden auseinander.

Dieser Kurs eignet sich für Fachleute aus den Bereichen Fragilität, Konflikt und Staatsaufbau sowie für PraktikerInnen und AkademikerInnen, die durch die Kombination praktischer Erfahrungen mit Forschungserkenntnissen einen „Blick fürs Ganze“ gewinnen wollen. Anmeldeschluss ist der 31. Dezember 2016.

swisspeace

Ursina Bentele

ursina.bentele@swisspeace.ch

Program officer, Training

links

- [Weitere Informationen](#)
- [Anmeldung](#)

Offener Brief an den neu antretenden UNO-Generalsekretär

Mitglieder des Mediation Support Networks (MSN) haben gemeinsam einen offenen Brief an den neu antretenden UNO-Generalsekretär verfasst. Der offene Brief fordert den Generalsekretär auf, eine führende Rolle zu übernehmen, um Gewaltkonflikte zu verhindern, zu lindern und zu lösen.

Konkret wünschen sich die unterzeichnenden nichtstaatlichen Organisationen, 1) dass sich der Generalsekretär in der Prävention von Konflikten engagiert, 2) dass er seine Guten Dienste proaktiv einsetzt, um in Konflikten zu vermitteln, 3) dass er die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft weiterverfolgt sowie vertieft und sich schliesslich 4) klar dafür ausspricht, dass VermittlerInnen ihre Arbeit ohne hindernde Einschränkungen in Form von politischem Druck ausüben können.

swisspeace

Mathias Zeller

mathias.zeller@swisspeace.ch

Program officer, Mediation

links

- [Der offene Brief](#)

aktuell

Trägerorganisationen

Umsetzung der Agenda 2030: Welche Rolle für die Zivilgesellschaft?

Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen vereinigt zum ersten Mal die verschiedenen Dimensionen der Nachhaltigkeit (Umwelt, Soziales, Wirtschaft) in einem integrierten strategischen Rahmen. Sie verbindet die Entwicklungsziele der Millenniumsdeklaration mit den Umweltzielen aus dem Rio-Nachhaltigkeitsprozess und ergänzt diese mit sozial- und friedenspolitischen Zielen. In ihrer Universalität und Vernetzung liegt die grosse Chance

aber auch die grösste Herausforderung.

Die Schweiz hat die Agenda 2030 unterschrieben und ist verpflichtet, diese umzusetzen. Am 18. Oktober 2016 organisierten KOFF, Alliance Sud, der Schweizerische Gewerkschaftsbund und die Umweltallianz deshalb eine Konferenz, um die Rolle der Schweizer Zivilgesellschaft in der Umsetzung der Agenda 2030 besser zu definieren und aufzugleisen. Das Ziel war es, einen verstärkten Austausch und eine engere Zusammenarbeit zwischen verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu erreichen. Der Anlass hat gezeigt, wie wichtig neue thematische Vernetzungen sind für die nachhaltige Entwicklung unseres Planeten. Erste konkrete Ideen für die Zusammenarbeit wurden diskutiert. Ein Folgetreffen ist in Kürze geplant.

KOFF

Sidonia Gabriel

sidonia.gabriel@swisspeace.ch

Projektleiterin

Bild. Macht. Mensch: Rollensichten

Gewalt gegen Frauen beginnt im Kopf. Geschlechterstereotypen bestimmen, wie mit Frauen umgegangen wird. Sie sind mitverantwortlich für Alltagssexismus, für strukturelle, körperliche und psychische Gewalt. Sie beeinflussen, wie wir uns verhalten und unser Umfeld wahrnehmen, ohne dass wir uns dessen immer bewusst sind. Sie prägen Darstellungen und die Gestaltung des öffentlichen Raums und wirken auf unsere Beziehungen ein.

Geschlechterrollen sind aber keine natürlichen Gegebenheiten, sondern eine politische und soziale Zuschreibung von Eigenschaften und Verhaltensnormen. Menschen erfahren Gewalt, wenn sie Geschlechternormen nicht erfüllen. Betroffen sind besonders Frauen, die sich in ihrer Rolle eher als untergeordnet, abhängig und passiv zu verhalten haben.

Mit dem diesjährigen Fokusthema „Bild. Macht. Mensch: Rollensichten“ lädt die Kampagne „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“ ein, die eigenen Rollenbilder zu reflektieren. Vom 25. November bis zum 10. Dezember 2016 treten Menschen- und Frauenrechtsorganisationen, Fachstellen, Frauenhäuser, Selbstverteidigungsvereine und Opferhilfestellen gemeinsam an die Öffentlichkeit.

cfid

Regula Brunner

regula.brunner@cfid-ch.org

Verantwortliche Kommunikation

links

- [Weitere Informationen](#)
- [Agenda der Veranstaltung](#)

Die Jugendlichen und der Frieden – Resolution 2250 des UN-Sicherheitsrats

Am 9. Dezember 2015 hat der UN-Sicherheitsrat einstimmig eine verpflichtende Resolution zur verstärkten Einbindung von Jugendlichen in die Friedensförderung und zur Verbesserung ihres Schutzes im Konfliktfall angenommen. So sollen auch der gewalttätige Extremismus, dessen Opfer und Instrumente Jugendliche allzu häufig sind, bekämpft werden.

Die Resolution basiert auf der verstärkten Beteiligung und dem Schutz der Jugendlichen – unter anderem durch Präventionsmassnahmen – und auf der Bildung neuer Partnerschaften für den Frieden, die über die Verbindung von Frieden und Jugend hinausgehen, damit ein inklusiver Frieden möglich wird.

Mit der baldigen Publikation einer detaillierten Inhaltsanalyse unterstützt APRED die Verbreitung der Resolution. Das Institut wirkt auch an der Überprüfung bezüglich der Umsetzung dieser Resolution mit und steht für weitere Informationen zur Verfügung.

APRED

Christophe Barbey
cb@apred.ch

links

- [Die Resolution 2250](#)
- [United Network of Young Peace Builders. Ein Toolkit für Jugendliche zur Anwendung von 2250 \(auf Englisch\)](#)
- [Vereinte Nationen. Sondergesandter des Generalsekretärs für die Jugend \(auf Englisch\)](#)
- [APRED: Die Jugendlichen und der Frieden – detaillierte Analyse der Resolution \(auf Englisch\)](#)

aktuell

Internationale Partnerorganisationen

Conciliation Resources

In der dritten Ausgabe von Accord Insight mit dem Titel „Making peace with the past – transforming broken relationships“ untersucht Conciliation Resources, wie wichtig der Wandel von Beziehungen für Friedensprozesse ist. Die Publikation erörtert praktische

Ansätze und Herausforderungen für die Verarbeitung gewalttätiger Konflikte, darunter viele Aktivitäten mit dem Ziel, die Versöhnung zu fördern, Gerechtigkeit zu unterstützen und die Vergangenheit aufzuarbeiten. Neben Expertenmeinungen und Analysen werden vier Fallstudien aus dem georgisch-abchasischen Konflikt, aus Kolumbien, aus Mindanao (Philippinen) und aus Nordirland aufgeführt, welche die LeserInnen der Reihe nach durch verschiedene Stufen eines Friedensprozesses führen. Alle vier Fallstudien betonen die grosse Bedeutung des Aufbaus neuer Beziehungen – horizontal zwischen Konfliktparteien und Gesellschaftsgruppen oder vertikal zwischen BürgerInnen und staatlichen Institutionen – für Friedensprozesse. Der Bericht untersucht, ob verschiedene Phasen oder Gegebenheiten eines Friedensprozesses den Einsatz verschiedener Methoden zur Versöhnung voraussetzen.

links

- [Conciliation Resources Making peace with the past – transforming broken relationships. Accord Insight. August 2016 \(auf Englisch\)](#)

Berghof Foundation

In einigen Ländern sterben mehr Zivilpersonen durch bewaffnete Banden und kriminelle Organisationen als in traditionellen Kämpfen. „Nicht erklärte Kriege“ zeigen sich unter anderem in krimineller, städtischer Gewalt und/oder Gewalt durch Banden sowie durch extremistische Gewalt. Diese Nischen bewaffneter gesellschaftlicher Gewalt erhielten lange weniger Aufmerksamkeit als politisch motivierte bewaffnete Konflikte. Nun gewinnen die Auswirkungen – sozialpolitischer Stabilitätsverlust, der zum Teil mit hohen Opferzahlen zusammenfällt – laufend an Dringlichkeit. Deshalb gehen nationale und internationale Akteure dieses Phänomen vermehrt an. In „Undeclared Wars“ folgern Bernardo Arévalo de León und Ana Glenda Tager, dass die Friedensförderung mit ihren inklusiven und partizipativen Methoden eine Strategie anbietet, mit der die internationale Gemeinschaft Fragen bezüglich bewaffneter gesellschaftlicher Gewalt erfolgreich beantworten könnte. Darauf folgen fünf Antwortartikel, welche die AkteurInnen, Faktoren und Dynamiken von Gewalt in unterschiedlichen Umgebungen untersuchen und aufzeigen, was Friedensförderung und andere Initiativen erreichen und wo sie zu kurz ge-griffen haben.

links

- [Berghof Foundation. „Undeclared Wars“ – Exploring a Peacebuilding Approach to Armed Social Violence. Berghof Handbook Dialogue No. 12. 2016 \(auf Englisch\)](#)

Friedensnobelpreis 2016

Der Friedensnobelpreis 2016 ging an den kolumbianischen Präsidenten Juan Manuel Santos „für seine entschlossenen Anstrengungen, den mehr als 50 Jahre dauernden Bürgerkrieg in Kolumbien zu beenden“. Präsident Santos stiess die Verhandlungen an, die

zum Friedensabkommen zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-Guerilla führten. Das norwegische Nobelkomitee betont die Wichtigkeit, dass Präsident Santos jetzt alle Parteien dazu einlädt, an einem breitangelegten, landesweiten Dialog teilzunehmen, um den Friedensprozess weiter voranzubringen. Sogar die einstigen Gegner des Friedensabkommens begrüssen nun einen solchen Dialog.

[links](#)

- [Hören Sie das Interview zum Thema mit Laurent Goetschel \(auf Schweizerdeutsch\)](#)

agenda

Bevorstehende Veranstaltungen

1. November 2016

Basel, Schweiz

[Den Frieden wagen: Kolumbien nach 50 Jahren Bürgerkrieg](#)

Dies ist letzte Ausgabe einer Veranstaltungsserie organisiert vom Schweizer Programm für die Friedensförderung in Kolumbien „Semillas de Esperanza“. An diesem Rundtisch äussern sich Luz E. Romero und Ricardo Esquivia, zwei Repräsentanten von kolumbianischen Organisationen, zu den Herausforderungen, die Kolumbien nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens und dem „Nein“ des Volkes zum Referendum erwarten. Das Treffen wird auf Spanisch stattfinden mit einer Simultanübersetzung auf Deutsch.

[Weitere Informationen](#)

[Kontakt](#)

3. November 2016

Bern, Schweiz

[Rundtisch zu Kunst und Friedensförderung](#)

KOFF organisiert in Partnerschaft mit der artasfoundation einen Rundtisch zu Kunst und Friedensförderung in fragilen und konfliktbetroffenen Kontexten, mit der Teilnahme von Meret Schlegler, Vesna Matovic (International Alert) und Dagmar Reichert (artasfoundation).

[Weitere Informationen](#)

7. November 2016

Zürich, Schweiz

[Austausch mit indigenen Menschenrechtsverteidigerinnen](#)

In dieser Diskussion tauschen sich zwei Menschenrechtsverteidigerinnen über ihre unzähligen Erfahrungen in Guatemala aus. Angélica Choc ist Angehörige einer Maya-Kekchí-Gemeinde in El Estor, in deren Umgebung Nickel abgebaut wird, und ist Klägerin im Fall ihres in gewalttätigen Auseinandersetzungen ermordeten Mannes. Débora Yancoba bietet psychosoziale Begleitung für Frauen an, die Gewalt erlitten haben. Sie unterstützt auch Frauen, die sexueller Gewalt ausgesetzt waren. Die Veranstaltung wird vom Guatemala-Netz Zürich organisiert.

[Weitere Informationen](#)

7. bis 11. November 2016

Genf, Schweiz

[Genfer Friedenswoche](#)

Die Genfer Plattform zur Friedensförderung organisiert zum dritten Mal in Folge die Genfer Friedenswoche. Innerhalb einer Woche werden 52 Veranstaltungen rund um das Thema Friedensförderung in Genf stattfinden.

[Programm](#)

10. Dezember 2016

Luzern, Schweiz

[FilmTage Luzern: Menschenrechte](#)

An den diesjährigen „FilmTage Luzern: Menschenrechte“ liegt der thematische Fokus auf der Agenda 2030, die von den Vereinten Nationen am Nachhaltigkeitsgipfel in New York 2015 verabschiedet worden ist. Die FilmTage rücken Menschen und Organisationen ins Blickfeld, die sich weltweit unter schwierigen Umständen für die Einhaltung von Menschenrechten einsetzen und gegen Menschenrechtsverletzungen kämpfen.

[Weitere Informationen](#)

24. November 2016

Bern, Schweiz

[ATT und Waffenexportkontrolle: Prozesse, Rollen, Herausforderungen](#)

KOFF organisiert in Zusammenarbeit mit Amnesty International Schweiz einen Rundtisch über den Waffenhandelsvertrag (ATT), die Waffenexportkontrolle der Schweiz und die Rolle der Zivilgesellschaft.

[Weitere Informationen](#)

25. November bis 10. Dezember 2016

In der ganzen Schweiz

[16 Tage gegen Gewalt an Frauen](#)

Dieses Jahr ist die Veranstaltungsreihe von cfd den geschlechterspezifischen Stereotypen und ihren Auswirkungen auf unsere Beziehungen, die Arbeitswelt, die Schule und die

Privatsphäre gewidmet. Flashmobs, Konferenzen, Filme und Ausstellungen werden in der ganzen Schweiz organisiert. Am 1. Dezember organisiert KOFF diesbezüglich einen Rundtisch zur Situation der Frauen in Israel und Palästina, mit der Teilnahme von Rafah Anabtawi, Vertreterin der NGO Kayan Feminist-Organization.

[Programm](#)

Bis 30. November 2016

Cambridge, Vereinigte Staaten

[Offene Stelle als Geschäftsleiter beim CDA](#)

CDA – Collaborative Learning Projects ist auf der Suche nach einem neuen Geschäftsleiter. Bewerbungen werden bis 30. November 2016 entgegengenommen.

[Weitere Informationen](#)

Bis 30. November 2016

Basel, Schweiz

[Anmeldung zum Training „Theories of Change in Fragile Contexts“](#)

Im Zentrum des swisspeace Trainings „Theories of Change in Fragile Contexts“ steht das Aufstellen von „guten“ Theorien des Wandels, die den PraktikerInnen dabei helfen, ein vertieftes Verständnis ihrer eigenen Programme und deren Auswirkungen zu erhalten. Das Training findet vom 1. bis 3. Februar 2017 statt.

[Weitere Informationen](#)

[Anmeldung bis 30. November 2016](#)

Bis 30. November 2016

Basel, Schweiz

[Anmeldung zum Kurs „National Dialogue & Peace Mediation“](#)

Zusammen mit der Berghof Foundation bietet swisspeace den Kurs „National Dialogue & Peace Mediation“ an. Dieser gewährt Einblicke, wie Prozesse für einen Nationalen Dialog verstanden, entwickelt und unterstützt werden können, bietet ein Training zur Verbesserung der Dialog- und Mediationsfähigkeiten und liefert kritische Betrachtungen der Lehren, die aus vergangenen Fällen gezogen werden können. Der Kurs findet vom 13. bis 17. Februar 2017 statt.

[Weitere Informationen](#)

[Anmeldung bis 30. November 2016](#)

Bis 31. Dezember 2016

Basel, Schweiz

[Anmeldung zum Kurs „Fragility, Conflict & Statebuilding“](#)

Fragile Staaten sind sowohl für BürgerInnen vor Ort als auch für internationale EntscheidungsträgerInnen von grosser Sorge. Aber was genau ist überhaupt ein fragiler Staat? Der swisspeace Kurs „Fragility, Conflict & Statebuilding“ verbindet Konzepte

gewalttätiger Konflikte mit Fragilität, Staatsaufbau sowie Friedensförderung. Der Kurs findet vom 13. bis 17. März 2017 statt.

[Weitere Informationen](#)

[Anmeldung bis 31. Dezember 2016](#)

27. bis 28. Januar 2017

Basel, Schweiz

[Themenblock des CAS: Dealing with the Past](#)

Der Themenblock „Dealing with the Past“ findet vom 27. bis 28. Januar 2017 im Rahmen des CAS von swisspeace in ziviler Friedensförderung 2016/2017 statt.

[Weitere Informationen](#)

24. bis 25. Februar 2017

Basel, Schweiz

[Themenblock des CAS: Peace Mediation](#)

Der Themenblock „Peace Mediation“ findet vom 24. bis 25. Februar 2017 im Rahmen des CAS von swisspeace in ziviler Friedensförderung 2016/2017 statt.

[Weitere Informationen](#)

Bis 28. Februar 2017

Basel, Schweiz

[Anmeldung zum Kurs „Conflict Prevention“](#)

Der swisspeace Kurs „Conflict Prevention“ bietet einen Einblick in die wichtigsten Forschungserkenntnisse im Bereich Konfliktprävention, eine Übersicht über die aktuellen Bestrebungen in der Vorbeugung von Konflikten und thematisiert mögliche Wege zur Verbesserung der Frühwarnung. Der Kurs findet vom 3. bis 5. Mai 2017 statt.

[Weitere Informationen](#)

[Anmeldung bis 28. Februar 2017](#)

Dieses PDF wurde automatisch generiert.
Lesen sie à propos: www.swisspeace.ch/apropos

Herausgeber	KOFF von swisspeace
Kontakt	Sonnenbergstrasse 17, Postfach, CH-3001 Bern, Tel.: +41 (0)31 330 12 12
Redaktion	Marie Seidel, Stephan Kyburz
Layout	Liliana Rossier
Übersetzung	Furrer Übersetzungen, Übersetzergruppe Zürich
Bildmaterial	Zerstörte Fahrzeuge neben einem Restaurant nach einem doppelten Selbstmordanschlag der Extremistengruppe Al-Shabaab in Mogadischu, Somalia. September 2013. AU-UN IST PHOTO / STUART PRICE

KOFF

Kompetenzzentrum Friedensförderung
Centre pour la promotion de la paix
Centre for Peacebuilding

KOFF ist ein Projekt der Schweizerischen Friedensstiftung swisspeace. Es wird gemeinsam getragen vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten und den folgenden Schweizer Nicht-regierungsorganisationen:

Alliance Sud	Green Cross Schweiz	Quaker United Nations Office
APRED	GSoA	Schweizerische Flüchtlingshilfe
artasfoundation	HEKS	Schweizerischer Friedensrat
BAHA'I	HELVETAS Swiss Int.	Schweizerischer Katholischer
Brücke · Le pont	IAMANEH Schweiz	Frauenbund
Caritas Schweiz	Institute for Conflict	Schweizerisches Rotes Kreuz
Caux - Initiativen	Transformation and	SCI Schweiz
der Veränderung	Peacebuilding	Solidar Suisse
cfd	IFOR-Schweiz	SOS Kinderdorf
DCAF	Interpeace	Stiftung Kinderdorf Pestalozzi
Eirene Schweiz	Luzerner Initiative für Frieden	Swiss Academy for
Fastenopfer	und Sicherheit (LIPS)	Development
Fondation Hirondelle	medico international schweiz	SWISSAID
FriedensFrauen Weltweit	Medienhilfe	Terre des Femmes Schweiz
Frauen für den Frieden	mission 21	terre des hommes schweiz
Schweiz	miva Schweiz - transportiert	TRIAL
Gesellschaft für bedrohte	Hilfe	World Vision Schweiz
Völker	Palmyrah	
Geneva Call	Peace Watch Switzerland	
Graines de Paix	Peace Brigades International	